

Den Haag als Brücke zwischen Washington und Tripolis

Im Streit um den Prozeß gegen die Lockerbie-Attentäter bahnt sich ein Kompromiß zwischen den USA, England und Libyen an

Zehn Jahre nach dem Terror-Anschlag auf eine PanAm-Maschine über dem schottischen Lockerbie, der 270 Menschenleben forderte, scheint sich zwischen Libyen sowie den USA und England ein Kompromiß anzubahnen. Verdächtigt als Attentäter werden die Libyer Abdel Basset al-Meghrabi und Lamin Khalifa Phimah. Washington und London hatten stets gefordert, die beiden vor ein US- oder schottisches Gericht zu stellen (bei dem Anschlag waren 189 Amerikaner umgekommen) – was der libysche Diktator Muammar al Khadhafi regelmäßig verweigert hat. Er wollte sie nur an das Gericht eines dritten Landes ausliefern.

Nun sind die USA und Britannien dem Libyer entgegengekommen. Sowohl US-Außenministerin Albright als auch ihr britischer Kollege Robin Cook haben gleichzeitig bestätigt, daß sie ein drittes Land akzeptieren

würden; freilich müßte die Verhandlung von schottischen Richtern unter schottischem Recht geführt werden. Dieses Angebot sei „nicht verhandelbar“. Es werde bei Ablehnung zurückgezogen.

Libyen hat bislang mit Schweigen geantwortet, kündigte aber für Mittwoch eine Stellungnahme an. Stellvertretend meldete sich der Generalsekretär der Arabischen Liga in Kairo zu Wort: „Libyen und die Liga sind im Prinzip einverstanden, aber wir müssen die Details kennenlernen, insbesondere die Bedingungen.“ So der Vorschlag sich mit dem „arabischen und libyschen Angebot eines Prozesses mit schottischen Richtern unter schottischem Recht in Den Haag deckt, wäre dies der Anfang einer Lösung“. UN-Generalsekretär Kofi Annan unterstützt die Idee. Er soll mit Khadhafi über die Einzelheiten verhandeln. Gehe der Libyer auf das

Angebot nicht ein, zitiert die *New York Times* einen Beamten des State Departments, dann werde Washington eine Ausweitung des UN-Embargos gegen Tripolis beantragen. Einem Resolutionsentwurf zufolge, der von den USA und Großbritannien ausgearbeitet wurde, sollen die UN andererseits das Embargo gegen Libyen aussetzen, wenn das Land dem Kompromiß zustimmt.

Daß die Arabische Liga so schnell und so positiv reagiert hat, könnte Khadhafi in Bedrängnis bringen. Zwar haben Vertreter diverser arabischer Staaten schon das Luftembargo durchbrochen, indem sie per Flugzeug nach Tripolis gereist sind. Aber die Zustimmung der Liga läßt ahnen, daß auch von dieser Seite Druck auf Khadhafi ausgeübt wird. Da es sich aber bei den Verdächtigen um libysche Geheimdienstagenten handelt, denen unter schottischem Recht 30 Jahre Gefängnis

drohen, dürfte Khadhafi den Schritt nach Den Haag zu vereiteln suchen. Hoch ist das Risiko, daß auf diesem Weg doch der Beweis für libyschen Staatsterrorismus erbracht würde.

Überdies hat Khadhafi mit dem UN-Embargo sehr gut leben können. Und er wird kalkulieren, daß es London und Washington nicht gelingen wird, ein UN-Öl embargo zu erwirken. Andererseits: Ihm steckt noch immer der US-Luftangriff von 1986 in den Knochen, und die jüngste Attacke auf Ziele in Afghanistan und im Sudan könnte seine Furcht verstärkt haben. Der Anwalt der Verdächtigen, Ibrahim Legwell, hat im Juli gesagt, daß seine Mandanten Den Haag akzeptieren würden, „wenn ein fairer Prozeß gewährt wird“. Wie dieser auszusehen hätte, darüber läßt sich trefflich streiten.

Josef Joffe